

Globalisierungs Glossar

ABCDE (Annual Bank Conference on Development Economics) Jährliches "akademisches" Weltbanktreffen.

ACP-Staaten (African Caribbean and Pacific) 71 Afrikanische, Karibische und Pazifische Staaten, im wesentlichen europäische Ex-Kolonien, mit der europäischen durch die Lomé Convention verbunden.

ADB (Asian Development Bank) Asiatische Entwicklungsbank, Teil der Weltbank-Gruppe.

"Africa Bill" - Handelsabkommen zwischen den USA und schwarzafrikanischen (subsaharischen) Staaten über Stoffe und Textilien (eine generelle Freihandelszone ist beabsichtigt), das US-amerikanischen Textilkonzernen ungehinderten Zutritt auf den afrikanischen Markt ermöglichen soll.

AFTA (Asian Free Trade Agreement) Im Jahr 2000 gescheitertes Freihandelsabkommen, das Australien und Neuseeland große Wettbewerbsvorteile im ASEAN Markt geben sollte.

Agenda 2000 - Absichtserklärung der EU zur Osterweiterung
<http://www.eurunion.org/legislat/agd2000/agd2000.htm>

Agenda 2010 - von der Schröder-Regierung eingeleitete "Reform", die nur als Größe Umverteilungsmaßnahme von Unten nach Oben in der Geschichte der Bundesrepublik bezeichnet werden kann.

Agenda 21 - Auf der UN-Konferenz 1992 in Rio abgeschlossenes Umweltabkommen, das zwar einige gute Ansätze in sich birgt, aber größtenteils nur aus unverbindlichen Absichtserklärungen besteht und Freihandel und Privatwirtschaft als die entscheidenden Faktoren zur Verbesserung des Umweltschutzes ansieht. Lokale Agendagruppen, bei denen VertreterInnen von Kommunen, Industrie und Nichtregierungsorganisationen sowie Einzelpersonen an einem Tisch setzen, vermitteln den Eindruck einer demokratischen Mitbestimmung.

ALCA - (Area de Libre Comercio de las Américas) - spanische Abkürzung für das FTAA.

AoA (Agreement on Agriculture) - WTO Abkommen zur Landwirtschaft, eröffnet weltweit den Marktzugang für die Agrar-Industrie und zerstört subsistente Strukturen von Kleinbauern v.a. in der sog. Dritten Welt.

APEC - Asiatisch-Pazifische Freihandelszone als Gegenstück zur NAFTA (Mitgliedstaaten: Australien, Brunei, Kanada, Chile, China, Indonesien, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Philippinen, Singapur, Süd-Korea, Taiwan, Thailand,

USA).

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) - südost-asiatischer Wirtschaftsblock, 1967 gegründet, jetzt 8 Mitgliedstaaten, auf dem 4. Gipfeltreffen (1992) wurde die Bildung einer Freihandelszone innerhalb der nächsten 15 Jahre beschlossen: ASEAN Free Trade Area (AFTA)
<http://www.asean.or.id/>

ASEM (Asia Europe Meeting) - Jährliches Treffen der Staatsoberhäupter der EU und 10 Asiatischen Mitgliedstaaten, wird insbesondere durch die EU zur Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik in genutzt.

Asienkrise - die von Thailand ausgehende seit dem Frühjahr 97' um sich greifende Finanzkrise trieb einige große Schwellenländer, wie z.B. die meisten sogenannten Tigerstaaten, oder Brasilien und Russland in den wirtschaftlichen Ruin und in noch größere Abhängigkeit vom IMF.

Attac (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens; dt.: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen) wurde 1998 in Frankreich gegründet und hat heute weltweit rund 90.000 Mitglieder in 45 Ländern. In Deutschland sind es etwa 2.000. Attac ist ein Bündnis, das Menschen und Organisationen verbindet, die für soziale und ökologische Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess streiten. In Deutschland reicht das Bündnis von den Gewerkschaften ver.di und GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen.

BCNI (Business Council on National Issues) - größter kanadischer Industrie-Lobbyverband, 1976 durch die Vorsitzenden des US-Konzerns "Imperial Oil and Noranda" gegründet, Unter seinen 30 Mitgliedern finden sich die Vorsitzenden verschiedener Banken und Konzerne, unter anderem Air Canada, AT&T, Bechtel, Bombardier, Canadian Pacific, Cargill, Dupont, General Motors, Hewlett-Packard, Loram, MacMillan Bloedel, Mitsubishi, Monsanto, Nestle, Northern Telecom, Petro Canada und Placer Dome.

BIAC (Business and Industry Advisory Committee) - Offizielle Unternehmerstimme in der OECD.

BID (Banco Interamericano de Desarrollo) - siehe IADB

"Big Shots" - Bezeichnung der größten TNCs wie Shell etc.

Biodiversität - Der Artenreichtum in Fauna und Flora. Gebiete höchster Biodiversität finden sich vor allem in Ländern des Südens. Unter Ausnutzung des

TRIPs Abkommens der WTO wird diese Vielfalt von Agro- und Pharmakonzernen ausgebeutet. Im südlichen Mexiko z.B. sollen die Bioreservate im Rahmen des Plan Puebla-Panamá privatisiert werden.

Biopiraterie - Die Ausbeutung der Biodiversität durch Gentechnologie-Konzerne mit Hilfe des TRIPs Abkommens der WTO.

BIT (Bilateral Investment Treatie) - bilaterale Investitionsverträge, ursprünglich hauptsächlich auf europäische Länder begrenzt haben bilaterale Investitionsabkommen seit Anfang der 80er Jahre explosionsartig weltweit zugenommen, v.a. zwischen OECD-Staaten und asiatischen Entwicklungsländern - Die unüberschaubare Fülle hat die OECD dazu veranlasst, stattdessen ein multilaterales Investitionsabkommen (MAI) zu schaffen.

Bretton Woods (1947) - Konferenz in Bretton Woods (USA); hatte zur Folge die Gründung des Internationalen Währungsfonds IMF und der Weltbank (WB); eine geplante Internationale Handelsorganisation ITO (International Trade Organisation) kam nicht zustande, dafür im darauf folgenden Jahr das GATT.

Built-in Agenda - beschlossen in Marrakesch um die nicht abgeschlossenen WTO-Verhandlungen weiterzuführen, insbesondere das GATS, Das Landwirtschaftsabkommen (AoA) und das TRIM Abkommen.

Cancún - die 5. Ministerkonferenz der WTO im September 2003 in Mexiko scheiterte an der starren Haltung der EU und der USA bezüglich der Durchsetzung von "Liberalisierung" bei Investitionen und Dienstleistungen sowie an deren Weigerung, Agrarsubventionen abzubauen. Die massiven Proteste in Cancún und Weltweit haben ihr übriges dazugetan.

CEO (Chief Executive Officer) - Vorsitzender eines Großunternehmens (TNC).

CIME (Committee on International Investment and Multinational Enterprises)

CMIT (Committee on Capital Movements and Invisible Transactions)

Codex Alimentarius Commission - Eliteclub von Wissenschaftlern der WHO und FAO mit Sitz in Genf, weitestgehend kontrolliert von Nahrungsmittel- und Agrarkonzernen und ursprünglich bestimmt, die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten und technische Standards zu setzen. Aber selbst aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es eine andauernde intensive Auseinandersetzung darüber inwieweit biotechnologisch veränderte Nahrung sicher für den Verzehr und die Umwelt sind.

"Corporate Identity" - egal ob etwa in New York, London oder Hong Kong, überall ist eine TNC darauf bedacht, ein einheitliches Erscheinungsbild abzugeben.

"Deregulierung" - Hauptforderung der Globalisierungselite; weitestgehender Abbau staatlicher regulierender und Kontrollmaßnahmen für die Wirtschaft.

DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) - die gewichtigste Industrielobby innerhalb der Bundesrepublik.

Disobbedienti - Nach Genua haben die "Tute Bianche" ihre weißen Overalls abgelegt und agieren nun als "Ungehorsame".

Doha - Die 4. WTO Ministerkonferenz im November 2001 in Qatar. Die sog. Doha-Runde sollte die Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft (AoA), Investitionen (TRIMs), Dienstleistungen (GATS) und geistigen Eigentums (TRIPs) vorantreiben. Der geplante Abschluss im Jahre 2005 ist nach dem Scheitern der 5. WTO-Konferenz in Cancún in weite Ferne gerückt.

DSB (Dispute Settlement Body) - Streitschlichtungskörperschaft, so wie sie auch von der WTO genutzt wird.

EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) - Europäische Entwicklungsbank, Teil der Weltbank-Gruppe. Unter anderem bekannt dafür, dass sie Atomkraftwerke (Temelin, Chernobyl) und große Staudämme in Osteuropa finanziert.

ECOFIN - EU-Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister (ECONomy und FINnances) und der Vorsitzenden der Europäischen Zentralbanken.

emerging markets - aufstrebende Märkte, insbes. die sog. Tigerstaaten, denen der größte Anteil der FDI zukommt (Brasilien, Chile, China, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, Singapur, Südkorea, Thailand, Vietnam).

ERT (European Round Table of Industrialists) - größter europäischer industrieller Lobbyistenverband, 1983 gegründet, Sitz in Brüssel; Ziel: Einflussnahme auf die Europapolitik (Vorsitzender: Helmut Maucher, Nestlé)
<http://www.ert.be>

EU - Europäische Union - Mit den Maastrichter und Amsterdamer Verträgen ganz im Interesse der europäischen Großindustrie auf dem Weg zu einer gesamteuropäischen Freihandelszone.

FAO (Food and Agriculture Organisation) - Unterorganisation der UN. Die Bestimmung der FAO ist der Schutz der Interessen von Kleinbauern in der Dritten Welt. Stattdessen unterstützte der FAO-Vorsitzende öffentlich die Biotechnologie-Industrie, um die Entscheidungen auf dem G8-Gipfel 2000 in Okinawa zu beeinflussen, wo genetisch manipulierte Nahrung ein Thema war. Darüber hinaus verrät ein an die Öffent-

lichkeit gelangtes internes Dokument von Monsanto, dem größten Gen-Konzern, wie die FAO und die WHO systematisch von der Unternehmens-Lobby zur Durchsetzung ihrer Interessen missbraucht werden. Außerdem werden über das Welt-Nahrungs-Programm der FAO (WFP - World Food Program) die von Verbrauchern in den Industriestaaten abgelehnten genetisch manipulierten Nahrungsmittel unter dem Vorwand der Hungerbekämpfung an Frauen und Kinder in der Dritten Welt weitergegeben. Auf diese Weise werden die Gelder der FAO zu Subventionen für die Biotechnologie-Industrie.

FDI (Foreign Direct Investment) - Ausländische Direktinvestition; in zunehmendem Maße an Bedeutung gewinnend, ungleich rascheres Wachstum als das Bruttosozialprodukt.

Seinerzeit das MAI, und jetzt die Investitionsverhandlungen innerhalb der WTO werden vorangetrieben mit der Behauptung, dass ohne attraktiven, d.h. deregulierten Investitionsbedingungen, keine ausländischen Direktinvestitionen (FDI) angezogen würden und somit "Entwicklung" gehemmt werde. Diese Behauptung ist in zweierlei Hinsicht Augenwischerei: Erstens ist FDI nicht notwendigerweise vorteilhaft und bringt nicht notwendigerweise "Entwicklung" oder mehr Beschäftigung. Und Zweitens gibt es keinen Zusammenhang zwischen deregulierten Investitionsbedingungen und dem Fluss von FDI.

"Freihandel" - Freihandel hat im Gebrauch der neoliberalen Rhetorik nichts mit Freiheit oder Demokratie zu tun. "Freiheit des Handels" bedeutet freien Zugang für westliche Konzerne zu den Märkten ärmerer Länder. Gemeint ist die "Freiheit" Human- und Naturressourcen auszubeuten, im Grunde handelt es sich um eine neue Form des Kolonialismus.

Die Freihandelstheorie basiert letztlich auf Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823), die von der Unbeweglichkeit des Kapitals ausgingen. Doch 1997 bewegten sich 400 Milliarden \$ als direkte Investitionen um den Erdball. Zugleich gab es bei der Währungskrise in Süd-Ost Asien eine massive "Kapitalflucht", die z.B. den Aktienmarkt Malaysias innerhalb von 6 Monaten um 40% seines Wertes einbrechen lies.

Die Freihandelstheorie basiert auf Wettbewerb auf gleichem Niveau, wo unter anderem gleiches Wissen über Produktion und Märkte besteht, die Preise die wahren Kosten eines Produkts widerspiegeln - wirtschaftliche, soziale wie Umweltkosten, und dass es keine Monopole, Oligopole oder Kartelle gibt. All das ist heute nicht der Fall.

FTAA (Free Trade Agreement of the Americas) - seit 1994 verhandeltes gesamt-amerikanisches Freihandelsabkommen von 34 Staaten (mit Ausnahme von Kuba). Die für 2005 geplante Ratifizierung erscheint angesichts des massiven Widerstandes aus mehreren Lateinamerikanischen Ländern zusehends

unwahrscheinlicher. Das FTAA basiert auf der seit 1994 bereits bestehenden Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, geht aber in seiner Ausdehnung und Verbindlichkeit weit darüber hinaus. Zum gegenwärtigen Verhandlungsstand umfasst FTAA alle Bestandteile des in der WTO verhandelten Dienstleistungsabkommens GATS sowie die im gescheiterten MAI enthaltene Ermächtigung für Konzerne, Regierungen auf Schadensersatz in Milliardenhöhe zu verklagen.

G8 - Jährliches Treffen der Mächtigsten Staaten der Welt (USA, Kanada, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan und Russland), auf denen die gemeinsame (Wirtschafts-)Politik abgestimmt wird.

G20 (Gruppe der 20) - Zweite Liga der Industriestaaten nach dem G8. G20 wurde 1998 ins Leben gerufen um die wichtigsten Industriestaaten der Welt zusammenzubringen mit dem Ziel, eine Wiederholung der Weltfinanzkrise zu verhindern, welche 1997-98 ihre Verwüstungsspur durch Asien, Russland und Lateinamerika hinterließ (Mitglieder: Argentinien, Brasilien, Mexiko, Russland, die EU, China, Korea, Indonesien, Indien, Saudi Arabien, Türkei, Süd Afrika und Australien). Bezeichnenderweise sind die Vorsitzenden des IMF und der Weltbank Vollmitglieder.

G77 (Gruppe der 77) - Dritte Liga nach G8 und G20, Gipfeltreffen von Afrikanischen, Asiatischen und Lateinamerikanischen Staaten, die fast 80% der Weltbevölkerung ausmachen. Mit 133 Mitgliedsländern ist G77 die größte Koalition von Entwicklungsländern innerhalb der Vereinten Nationen.

GATS (General Agreement on Trade in Services) - WTO Bestimmung über handelsbezogene Dienstleistungen. Gegenwärtig in Genf verhandelt mit dem Mandat, den globalen Handel mit Dienstleistungen zu "liberalisieren", einschließlich aller öffentlicher Dienste wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, Verkehr, Post und Telekommunikationswesen usw., und alle "Barrieren" gegen dem "freien" Wettbewerb nach und nach abzubauen. Die Folgen sind bereits jetzt zu spüren in Form von höheren Gesundheitskosten, Studien- (und womöglich auch bald Schul-)gebühren sowie Verteuerungen bei gleichzeitiger Verschlechterung im Service bei Nahverkehr und Energieversorgung.

GATT (General Agreement on Trade and Tariffs) - 1948 abgeschlossenes Zoll- und Handelsabkommen. Das ursprüngliche Ziel war der Abbau von Zöllen im Handel mit Industriegütern. Das Mandat wurde in der Folgezeit durch diverse Verhandlungsrunden immer mehr ausgeweitet und mündete schließlich 1994/95 in der Gründung der WTO.

Globalisierung - Im allgemeinen Sprachgebrauch ist die rein wirtschaftliche Globalisierung gemeint, die spätestens seit dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks ansetzende und durch moderne Infor-

mations- und Kommunikationstechnologie und den atemberaubenden "Fortschritt" in der Produktionstechnologie stark begünstigte Entwicklung auf einen "freien" Welthandel hin bei gleichzeitig rasant ansteigenden FDI und immer unkontrollierbarer werdendem Kapital- und Gewinntransfer. Die Folgen sind eine noch stärkere Umverteilung von Süd nach Nord - sprich Neokolonialismus, aber auch in den sogenannten entwickelten Ländern eine zunehmende Umverteilung von Unten nach Oben.

Global Governance besteht in der Absicht, auch ohne einen Weltstaat Weltpolitik zu betreiben, indem internationale Institutionen, Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen ihre Kompetenzen vernetzen.

"Global Players" - trans- und multinational agierende, d.h. nicht mehr an die Wirtschaftsentwicklung eines Landes gebundene Unternehmen (TNC), Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

GMOs (Genetisch Modifizierte Organismen) - Mit Hilfe des TRIPs Abkommens der WTO wird von westlichen Agro-, Pharma- und Chemiekonzernen transgenetisches Saatgut insbesondere in sogenannten Entwicklungsländern in großem Maßstab verbreitet, was abgesehen von den noch nicht eindeutig geklärten Umwelt- und Gesundheitsschäden durch gigantische Monokulturen die Existenz von Kleinbauern ruiniert und die Biodiversität zerstört.

HIPC (Heavily indebted poor countries) - die höchst verschuldeten Staaten der Welt. Ungeachtet der Tatsache, dass die USA die mit Abstand höchstverschuldete Nation ist, sind damit die durch den Würgegriff des IMF zahlungsunfähig gewordenen Länder der sog. Dritten Welt gemeint.

IADB (Inter-American Development Bank (spanisch BID)) - Inter-Amerikanische Entwicklungsbank, Teil der Weltbankgruppe, fördert wie die anderen Mega-Projekte wie Staudämme, Pipelines, Interozeanische Kanäle usw. z.B. im Rahmen des Plan Puebla-Panamá.

ICC (International Chamber of Commerce) - Internationale Handelskammer, Sitz in Paris; mehr als nur ein Dachverband nationaler Handelskammern; Mitglieder sind auch einzelne TNCs; bezeichnet sich selbst als "Die" Weltwirtschaftsorganisation
<http://www.iccbo.org>

ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes) - Internationale Streitschlichtungskörperschaft bei Investitionsfragen.

ILO (International Labour Organization) - Internationale Arbeitnehmer-Organisation innerhalb der Vereinten Nationen.

IOE (International Organization of Employers) - Inter-

nationale Arbeitgeber-Organisation innerhalb der Vereinten Nationen.

IMF (International Monetary Fund) - Internationaler Währungsfond gegründet 1947; (deutsch: IWF) Ursprüngliche Aufgabe: Der IWF vergibt befristete Kredite zur Überbrückung von kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten an einzelne Regierungen. Heute erschließt er zudem TNCs die Möglichkeit, in krisengeschüttelten Regionen den Markt aufzukaufen; strebt außerdem die völlige Deregulierung bei Kapitaltransfer an.
<http://www.IMF.org/>

ITO (International Trade Organization) - 1947 in Bretton Woods geplante Internationale Handelsorganisation, scheiterte am Widerstand der USA. Eine solche wurde erst durch die WTO verwirklicht.

IWF - siehe IMF

Joint Ventures - Gemeinschaftsunternehmen ausländischer Konzerne mit einheimischen Firmen.

"Kasinokapitalismus" - Schnelle Gewinne durch riskante Spekulationen, nicht mehr Waren und Dienstleistungen sondern die Kapitalanlage wird zum Hauptanreiz von Investitionen; erleichtert durch Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte (vgl. Portfolio-Investment).

LDC (Least Developed Countries) - die 48 ärmsten Länder der Erde mit insgesamt rund 600 Millionen Einwohner, die keine Chance auf Beteiligung an internationalen Handels- und Investitionsabkommen haben.

Level Playing Field - gerne verwendete Umschreibung für eine "hochrangige" Diskussions- und Handlungsebene bei wirtschaftlichen und Investitions-Fragen - unerwünscht sind dabei insbes. die Aufnahme von Sozial- und Umweltfragen.

Lomé-Convention - Handelsabkommen zwischen der EU und den APC-Staaten; Lomé IV (1989).

MAI (Multilateral Agreement on Investment) - seit 1995 im Rahmen der OECD verhandeltes multilaterales Investitionsabkommen.

Maquillas/ Maquilladora-Fabriken - Billigproduktionsstätten von TNCs in Entwicklungsländern, zeichnen sich aus durch Niedriglöhne.

MERCUSOR - Vertrag über die Freihandelszone im südlichen Amerika zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, wird von einigen Staaten als Gegenstück zum FTAA bevorzugt.

MIA (Multilateral Investment Agreement) - innerhalb der WTO als Alternative zum MAI angestrebtes Investitionsabkommen, auf der Singapurkonferenz im Dezember 1997 vorerst am Widerstand von Dritte

Welt-Staaten gescheitert.

NAFTA (North Atlantic Free Trade Agreement) - Freihandelsabkommen zwischen Kanada, USA und Mexiko; erlaubt erstmals Konzernen, Regierungen auf Entschädigung bei direkter oder indirekter Enteignung zu verklagen, zugleich eine ähnlich weitgefassete Definition von Investitionen wie das MAI.

"Neoliberalismus" - mit dem vordergründigen Argument, dass der Markt, wenn mensch ihm nur genügend Freiraum gibt, sich selbst reguliert, und sozial- und umweltpolitische Probleme sich auf diese Weise lösen könnten ungehemmte Durchdringung liberaler "Vogel-friss-oder-stirb"-Mentalität in allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen (In Anlehnung an den sog. Manchesterliberalismus des 19. Jh.).

Nicht-Regierungsorganisationen (NRO; engl. Non-Governmental Organizations oder NGO) waren ursprünglich die privaten Träger der Entwicklungshilfe. Heute gibt es in Deutschland mehr als 200, darunter Kirchen und politische Stiftungen sowie sonstige private Träger, die teilweise von Regierungsseite finanziell unterstützt werden.

NTM (New Transatlantic Marketplace) - eine beabsichtigte Freihandelszone nach Art des NAFTA zwischen den USA und der EU, aufgrund des Widerstandes Frankreichs jetzt als TEP weiterverhandelt.

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development), 1960 gegründet, Sitz in Paris, 29+1 (= europäische Kommission) Mitglieder, darunter die reichsten Länder der Erde
<http://www.oecd.org>

Portfolio-Investment - auf rein spekulativen Gewinn ausgerichtete kurzfristige Investition (max. 1 Jahr), führte z.B. zur Asienkrise.

Protektionismus ist eine Wirtschaftspolitik, die einen Binnenmarkt bzw. einzelne Wirtschaftsbereiche (z.B. Landwirtschaft) durch Schutzzölle, Einfuhrkontingente oder -verbote und andere Handelshemmnisse vor ausländischer Konkurrenz zu schützen sucht.

"Race to the bottom" - "Wettlauf nach unten" - eine der gefährlichsten möglichen Folgen der Liberalisierung und Deregulierung - Im Wettlauf um Standortvorteile werden Sozial- und Umweltstandards zurückgenommen.

R&D (Research and Development) - Forschung und Entwicklung.

REIO (Regional Economic Integration Organization) regionale wirtschaftliche Integrationsraum wie z.B. die EU.

SAFTA (South Asian Free Trade Agreement).

SAP (Structural Adjustment Programs) - Strukturelle Anpassungs-Programme; kurzfristige, an wirtschaftspolitische Stabilisierungsprogramme gebundene Kredite des IMF bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten; u.a. mit Kürzung der Staatsausgaben, weitreichender Privatisierung und Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen verbunden.

TABD (Trans-Atlantic Business Dialogue) - Forum zur Absprache zwischen den USA und der EU in Wirtschafts- und Handelsfragen; hier wurden insbesondere die Pläne für NTM resp. TEP geschmiedet.

"Tigerstaaten" - Die ostasiatischen Staaten mit den höchsten wirtschaftlichen Entwicklungsraten, sprich: Taiwan, Südkorea, Singapur u. Hongkong; in den letzten Jahren auch Thailand, Malaysia u. Indonesien (vgl. emerging markets); durch die Asienkrise jetzt mit schwerwiegenden Problemen belastet.

TNC (Trans-National Corporation) - Transnationales Unternehmen; Weltweit operierender Großkonzern; inzwischen halten die TNCs den Großteil der Weltwirtschaft in ihren Händen.

TRIMS (Trade-Related Investment Measures) WTO-Bestimmung über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen zum Abbau von Investitionsschranken.

TRIPS (Trade-Related aspects of Intellectual Property rights) WTO-Bestimmung zum Schutz geistiger Eigentumsrechte.

UNCTAD (UN Conference on Trade and Development) - Ursprünglich als Entwicklungshilfeorganisation der vereinten Nationen gedacht, heute ein Hauptmotor der Liberalisierung in Dritte Welt-Staaten.

UNICE (Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe) - Europäischer Arbeitgeberverband, weniger einflussreich als der ERT, aber gleichfalls für Deregulierung von Handel und Investitionen.

Uruguay-Runde - letzte mehrjährige GATT-Verhandlungsrunde (1986-93) mit dem Ergebnis der Schaffung der Welthandelsorganisation WTO mit wesentlich weitreichenderem Mandat als das bisherige GATT.

USCIB (US Council for International Business) - 1945 gegründet, größter US-amerikanische industrielle Lobbyistenverband.

Volatilität - unberechenbare Wechselhaftigkeit (internationaler Finanzmärkte).

WBCSD (World Business Council for Sustainable Development).

WEF (World Economic Forum) - Weltwirtschaftsforum; jährliches informelle Treffen - bis auf 1992 immer in Davos - von führenden Vertretern aus Wirt-

schaft und Politik; auf denen Absprachen gemacht werden, die die Weichen für die globale Wirtschaftsordnung stellen.

<http://www.weforum.org>

Die **Weltbank** ist – wie der IWF – aus dem Bretton Woods-Abkommen hervorgegangen. Ihre Aufgabe ist es, Entwicklungsländern Kapital für die wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Die **Welthandelsorganisation** (WTO; engl.: World Trade Organization) ist im Jahr 1995 gegründet worden in Folge der sog. Uruguay-Runde und hat ihren Sitz in Genf. Sie ist die Nachfolgeorganisation des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Hauptziel des GATT von 1948 war, durch Senkung der Zölle und Abbau von Handelshemmnissen den Welthandel und die Weltwirtschaft zu fördern. Das GATT, das zu

den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (UN) gehörte, wurde zum 1. Januar 1996 durch die WTO abgelöst. Die WTO regelt als einzige legitimierte UN-Sonderorganisation den internationalen Handel. Die zentralen WTO-Vereinbarungen bilden rechtliche Grundsätze für den internationalen Handelsverkehr und die Handelspolitik. Angestrebt wird, in den Mitgliedstaaten den Lebensstandard und die Realeinkommen zu erhöhen, Vollbeschäftigung zu erreichen und zu sichern, und zu diesem Zweck den Handel auszuweiten und Protektionismus zu bekämpfen. Die WTO hat wesentliche Liberalisierungsaufgaben: Im Gegensatz zum GATT umfasst die WTO nicht nur den Handel von Gütern, sondern auch den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und die handelsbezogenen Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS).

<http://www.wto.org>